

## Bund entlastet Länder und Kommunen erneut in Milliardenhöhe

Von Bettina Hagedorn

Als SPD stehen wir eng an der Seite der Kommunen. Weil die finanzielle Situation in den meisten Kommunen sehr angespannt ist, haben wir bereits im Koalitionsvertrag durchgesetzt, die Kommunen finanziell zu entlasten.

### 16 Mrd. Euro Investitionen durch Nachtragshaushalt

Am 21. Mai hat der Deutsche Bundestag mit dem Nachtragshaushalt 2015 zusätzlich die Bereitstellung enormer Finanzmittel zur Verstärkung der Flüchtlingshilfe und die Förderung von Investitionen in Kommunen beschlossen. Insgesamt mobilisiert die Große Koalition damit rund 16 Mrd. Euro zusätzlich.

Damit setzen wir als SPD unser zentrales Versprechen um, Investitionen beim Breitbandausbau speziell im ländlichen Raum, bei Schiene, Straße und Wasserwegen sowie bei der verstärkten Förderung von Gebäudesanierung und mehr Energieeffizienz massiv zu fördern.



Bettina Hagedorn

Gleichzeitig unterstützen wir speziell finanzschwache Kommunen mit bis zu 90 Prozent Bundesmitteln-

Beteiligung bei Investitionen vor allem in Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zur Schule im Umfang von allein 3,5 Mrd. Euro bis 2018. Zusätzlich profitieren alle Kreise, Städte und Gemeinden dadurch, dass die bereits beschlossene Entlastung von einer Mrd. Euro pro Jahr für 2017 auf 2,5 Mrd. Euro aufgestockt wird. Ich bin froh, dass wir als Sozialdemokraten in den Verhandlungen mit der CDU/CSU dieses stolze Ergebnis für die Kommunen erzielen konnten.

### 100 Millionen Euro für finanzschwache Kommunen in Schleswig-Holstein

Das „Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (3,5 Mrd. Euro insgesamt) enthält für Schleswig-Holstein einen Anteil von knapp 100 Mio. Euro. Für die Beantragung dieser Mittel hat die Kieler Landesregierung eine Liste finanzschwacher Kommunen und konkrete Förderkriterien erarbeitet: 48 Kommunen werden anspruchsberechtigt sein, davon allein elf in Nordfriesland, acht in Dithmarschen, jeweils drei im Kreis Schleswig-Flensburg, in Pinneberg, Segeberg und in Steinburg, zwei im Kreis Plön und eine in Ostholstein. Dazu kommen die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster sowie die Kreise Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Nordfriesland, Ostholstein, Plön, Pinneberg, Schleswig-Flensburg und Steinburg.

### Milliardenhilfe für Flüchtlinge

Mit dem Nachtragshaushalt stockte der Haushaltsausschuss auch die Mittel für Integrations- und Sprach-

kurse sowie die Jugendmigrationsdienste um insgesamt 37 Mio. Euro auf und bewilligte 750 neue Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit knapp 40 Außenstellen bundesweit, nachdem wir dort bereits im letzten Jahr 650 neue Stellen bewilligt hatten. Die beim „Flüchtlingsgipfel“ mit den Ländern vereinbarte Entlastung zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen von je 500 Mio. Euro für 2015 und 2016 wird mit dem Nachtragshaushalt ebenfalls eins zu eins umgesetzt.

Das gibt dem Land die Chance, auch die Kommunen in Schleswig-Holstein für ihre Leistung bei der Unterbringung von Asylbewerbern besser zu unterstützen – angesichts der ständig wachsenden Herausforderung von steigenden Flüchtlingszahlen ist dies ein erstes Signal, dass der Bund die Länder und Gemeinden bei dieser gemeinsamen humanitären Verantwortung nicht allein lässt.

### Gemeinsame Verantwortung für Integration

Besonders wichtig ist aber auch für Schleswig-Holstein, dass die Integrationskurse um 25 Mio. Euro und die Jugendmigrationsdienste um acht Mio. Euro aufgestockt werden. Vier Mio. Euro verstärken den „Garantiefonds Hochschulbereich“, aus dem Hochschulstipendien mit Sprachvermittlung speziell für gut gebildete junge Flüchtlinge finanziert werden sollen, die zum Beispiel aus Syrien in großer Zahl – und vermutlich auf Dauer – zu uns kommen.

Der Flut von Asylbewerberanträgen werden wir damit genauso gerecht wie der Verbesserung der Integrationschancen für jene, die

## Inhaltsverzeichnis

- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (S. 2)
- Lage der Partei (S. 3)
- Danksagung an Hans-Peter Bartels (S. 4)
- Karin Thissen für Ernährung und Landwirtschaft (S. 5)
- Ressourcenförderung und Nachhaltigkeit (S. 6)
- Maritime Wirtschaft als Innovationsmotor (S. 7)
- Seenotrettung (S. 7)
- Louise Zietz (S. 8)
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (S. 9)
- Kulturtourismus (S. 9)
- Bundesprogramm zur Berufseinstiegsbegleitung und Jugendberufsagenturen (S. 10)
- Wahlkreisbetreuungen (S. 10)
- Ankündigungen (S. 10)
- Terminrückschau (S. 11-12)
- Impressum (S. 12)

diese Verfahren erfolgreich durchlaufen haben und sich in ihrer neuen Heimat eine Existenz über Sprach- und Bildungsangebote aufbauen wollen und sollen. Ich finde: eine absolut sinnvolle Investition in die Zukunft!



## Kindeswohl steht an erster Stelle!

Von Sönke Rix

**90 bis 95 Prozent der Flüchtlingskinder kommen mit ihren Eltern nach Deutschland. Die anderen gelten als sogenannte „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (UMF). Sie bedürfen eines besonderen Schutzes.**

Im Jahr 2013 wurden laut amtlicher Statistik 6.583 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von den Jugendämtern in Obhut genommen, rund 133 Prozent mehr als 2010. Ende des letzten Jahres befanden sich bundesweit rund 7.500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut der Jugendämter. Angesichts der Prognosen zu internationalen Entwicklungen und Fluchtbewegungen müssen wir künftig von weiteren Steigerungen ausgehen. Die jungen Flüchtlinge kommen vor allem aus Afghanistan, Syrien, Somalia und Eritrea.

In Schleswig-Holstein gab es 2013 insgesamt 438 Inobhutnahmen – damit stand Schleswig-Holstein im Ländervergleich bereits an sechster Stelle und die Tendenz ist steigend.

### **Massive Überlastung der Jugendämter an Transitrouten**

Nach aktueller Rechtslage ist das Jugendamt am Ort der Feststellung der Einreise verpflichtet, die Minderjährigen in Obhut zu nehmen. Vor allem einige an den üblichen Transitrouten liegende Kommunen sind durch die erforderlichen Schutzmaßnahmen massiv überlastet. Mancherorts sind die Kapazitätsgrenzen bereits so weit überschritten, dass eine dem Kindeswohl entsprechende Unterbringung, Versorgung und Betreuung der jungen Flüchtlinge kaum noch möglich ist.

### **Neues Gesetz soll für eine gerechtere Verteilung sorgen**

Deshalb wollen wir eine Verbesserung der Situation erreichen, indem wir eine Verteilung der Jugendlichen durch ein neues Gesetz ermöglichen. Dadurch würden auch die Aufgaben für die Kommunen gerechter verteilt – eine Aufteilung nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ scheint sich dafür als beste Lösung herauszukristallisieren. Dieser wird für jedes Jahr entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder berechnet.

### **Kindeswohl ist ausschlaggebend im Clearingverfahren**

An erster Stelle muss dabei IMMER das Kindeswohl stehen. Deshalb muss bei der Verteilung der minderjährigen Flüchtlinge im sogenannten Clearingverfahren zu allererst geklärt werden: Würde eine Verteilung des Kindeswohl gefährden? Lässt der Gesundheitszustand des Minderjährigen eine Verteilung zu? Besteht die Möglichkeit der Familienzusammenführung? Gibt es soziale oder familiäre Bindungen zu anderen jugendlichen Flüchtlingen, so dass eine gemeinsame Verteilung sinnvoll wäre?

### **Recht auf Bildung und Teilhabe auch für unbegleitete Minderjährige**

Außerdem muss gewährleistet sein, dass jugendliche Flüchtlinge ihr Recht auf Bildung und Teilhabe wahrnehmen können und die ihnen zustehende Begleitung und Förderung erhalten. Dazu gehört auch, dass jugendliche Flüchtlinge – ob begleitet oder unbegleitet, in Deutschland eine Ausbildung absolvieren dürfen und für die Zeit dieser Ausbildung einen gesicherten Aufenthalt bekommen.

Zudem soll das Gesetz regeln, dass ausländische Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, Leistungen entspre-



Sönke Rix

chend der Kinder- und Jugendhilfe erhalten können, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Da das Gesetz erst Anfang 2016 in Kraft treten wird, die Situation vor Ort jedoch ein schnelles Handeln erfordert, soll nach den Vorstellungen von Familienministerin Manuela Schwesig ein Übergangskonzept greifen.

### **Übergangskonzept auf freiwilliger Basis**

Es soll regeln, dass die Übernahme von minderjährigen Flüchtlingen durch andere Bundesländer jetzt schon erfolgen kann – dann allerdings auf freiwilliger Basis. Die Länder würden also noch keiner gesetzlichen Pflicht unterliegen.

### **Ankommen in der neuen Gesellschaft ist mehr als ein Verwaltungsakt**

Bei allen verwaltungstechnischen Fragen, müssen wir uns stets darüber im Klaren sein: Eine Inobhutnahme ist für die Jugendlichen wesentlich mehr als ein Verfahrensvorgang. Hier beginnt vielmehr die Ankunft in einer neuen Gesellschaft, in einer neuen Welt.

### **Willkommen sein ist wichtig für die Entwicklung der unbegleiteten Minderjährigen**

Es ist von entscheidender Bedeutung für die weitere persönliche Entwicklung und jeglichen späteren Integrationsprozess, ob der junge Mensch die Inobhutnahme als Willkommenssignal versteht oder als bloßen Verwaltungsakt.

### **+++ Faktoren des Clearingverfahrens auf einen Blick +++**

**Primäres Ziel des Clearingverfahrens ist die Klärung der Situation von unbegleiteten Minderjährigen.**

**Folgende Faktoren werden dabei berücksichtigt:**

- Identität,
- Vormundschaft,
- Familienzusammenführung,
- gesundheitliche und psychosoziale Versorgung,
- aufenthaltsrechtliche Klärung,
- geeignete Anschlusshilfen,
- Perspektiventwicklung



## Zur Lage der Partei – was ist nötig um die Zukunft zu gestalten?

Von Matthias Ilgen

**Am 4. Mai trafen sich die nord-westdeutschen Bundes- und Landtagsabgeordneten mit Sigmar Gabriel und Yasmin Fahimi im Willy-Brandt-Haus, um über die künftige Parteientwicklung zu debattieren. Man machte sich unter anderem Gedanken, wie gute Konzepte – beispielsweise die Nachbarschaftskampagne – vor Ort tatsächlich Wirklichkeit werden können.**

Es ist kein Zufall, dass mittlerweile bald alle Unterbezirks- bzw. Kreisvorsitzenden der SPD in Deutschland entweder Bundestags- oder Landtagsabgeordnete sind.

Zum einen steigen die Anforderungen an Ehrenämter in führenden Positionen – zum anderen hat die Partei sich insbesondere in den Flächenländern stark ausgedünnt (in den letzten 20 Jahren hat die SPD bundesweit aufgrund der demographischen Struktur der Partei die Hälfte ihrer Mitglieder verloren).

Kreisvorstände alleine finden nicht mehr genug „man/woman-power“, um vor Ort Veranstaltungen auf die Beine zu stellen oder gar „Zusätzliches“, wie eine Nachbarschaftskampagne, zu wuppen. In einer ehrlichen Analyse müssen wir feststellen, dass es um die Kampagnenfähigkeit der SPD derzeit eher schlecht bestellt ist.

### **Steigerung der Wahlbeteiligung muss Ziel sein**

Dabei zeigen uns alle seriösen Untersuchungen, zum Beispiel über die Anwendung des Tür-zu-Tür Wahlkampfes in ausgewählten Gebieten, dass man durch „Flagge-Zeigen“ vor Ort tatsächlich die Wahlbeteiligung und auch das Wahlergebnis für die SPD positiv beeinflussen kann.

Welche Lehre ist daraus zu ziehen? Unsere Wahlchancen hängen neben der richtigen Themensetzung und dem richtigen Personalangebot – wie uns alle Meinungsforschungsinstitute bestätigen – ganz ungemein auch von der Mobilisierung und Politisierung der Wahlbevölkerung insgesamt ab.

Gleichzeitig aber sagen uns die Forscher, dass es nach wie vor ein ganz erhebliches Potential für die Mobilisierung von neuen SPD-Mitgliedern sowie Wählern gibt.



Matthias Ilgen

### **Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit notwendig**

Was können wir also vor Ort tun, um dieses Potential wieder besser auszuschöpfen? Ortsvereins- und Kreisvorstände müssen sich stärker auf die Öffentlichkeitswirksamkeit ihrer Arbeit konzentrieren!

Wem nützt der manchmal stundenlange Sitzungssozialismus, bei dem sich am Ende alle auf die Schulter klopfen, aber man bis zur nächsten Vorstandssitzung mit dem Verhandelten und Beschlossenen keinerlei Außenwirkung erzielt?

Statt eine Vorstandssitzung unter sich zu machen, kann man auch jede zweite bei einem Verein oder einer Institution verbringen, sich dort die Arbeit vor Ort erklären lassen und mit den Vereinsmitgliedern oder dem Kirchenvorstand ein bestimmtes lokales, aktuelles Thema diskutieren. Hierbei kann ein gemeinsames Foto mit einer kleinen Pressemitteilung für die Lokalredaktion entstehen, welche das „Sich-Kümmern“ der SPD öffentlichkeitswirksam dokumentiert und vermarktet.

Auch „Bürgerzeitungen“, die regelmäßig von einigen Ortsvereinen an die Haushalte verteilt oder geschickt werden, sind ein sehr gutes Instrument, um den Bürger über die eigenen Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten.

### **Mandatsträger in der Pflicht**

Auch unsere Abgeordneten sind natürlich in der Pflicht. Neben den obligatorischen Schul-, Einrichtungs- und Betriebsbesuchen, die wir vor Ort machen, ist es wichtig mit der Partei gemeinsam Themen-Veranstaltungen zu organisieren, bei denen mehr als die üblichen paar Handvoll Genossen erscheinen.

Das Thema kann mal ein bundes- oder landespolitisches sein, aber auch ein lokales Thema – insbesondere wenn es vor Ort ein „Aufreger“ ist, eignet es sich hervorragend, um die Menschen vom Sofa hochzukriegen.

Wenn sich jeder Abgeordnete vornimmt, tatsächlich zehn solcher Veranstaltungen pro Jahr mit seinen Ortsvereinen auf die Beine zu stellen, dann wäre schon viel geschafft. Es wäre sehr sinnvoll, wenn die Partei dies auch stärker mit Personal unterstützen könnte.

Denn oft fehlt es an der notwendigen Koordination, Hilfe und Unterstützung, die ein Ortsverein neben dem Support seiner Abgeordneten benötigt, um ein gutes Plakat, einen tollen Flyer und die richtige Presseankündigung zu erstellen und an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu bringen.

### **Unterstützung der Arbeit durch mehr Personal**

Deshalb wurde bei der besagten Sitzung in Berlin angedacht, in dieser Richtung den Kreisverbänden zu helfen. Der Umfang einer halben Stelle je Kreisverband, die ausschließlich für die Unterstützung und Organisation solcher Veranstaltungen und Aktionen zuständig sein sollte, wäre ein gewaltiger Schritt nach vorne.

### **Finanzierung ist ein wichtiger Punkt**

Natürlich wird hierbei auch über die Finanzierung eines solchen Projekts zu sprechen sein – der personelle Rückzug der Partei aus der Fläche und der im Gegenzug jahrelange Zuwachs an Stellen in Berlin haben bisher jedenfalls keinen Durchbruch in Richtung „mehr Kampagnenfähigkeit“ gezeigt.

### **Gemeinsam für eine kampagnenfähigere Partei(arbeit)**

Neben den schleswig-holsteinischen Abgeordneten hat auch unser Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende, Ralf Stegner, diese Idee stark unterstützt. Wir sollten uns alle gemeinsam für ein solches Modell stark machen, um eine Chance zu nutzen, als Partei „kampagnenfähiger“ und damit auch wieder stärker zu werden!



## Danke Hans-Peter!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Das Bundestagsmandat ist abgegeben, die neue Aufgabe als Wehrbeauftragter des Bundestages ist angetreten. Fortan sitzt Hans-Peter Bartels an hervorgehobener Stelle dem Bundestagspräsidenten im Bundestagsplenum sprichwörtlich im Nacken, wenn er nicht gerade dem Verteidigungsministerium auf den Füßen steht, mit Engagement für die Soldaten und ihre Belange in der Truppe und in der Gesellschaft arbeitet oder notfalls auch streitet.

### Abschiedsgeschenke nach 17 Jahren Bundestag

Einen roten Tennisball für das nächste As, zwei DVDs mit einer Politik-Serie über das Drunter und Drüber im amerikanischen Kongress und viel Beifall gab es für Hans-Peter Bartels bei seinem Ausstand in der schleswig-holsteinischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion.

Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann erinnerte in seiner Würdigung von Hans-Peter Bartels an dessen vielfältige politische Stationen in der SPD-Schleswig-Holstein und im politischen Leben des Landes, von der unvergessenen Kieler Rundschau über Björn Engholms Staatskanzlei bis zum Sektenbeauftragten des Landes. Ernst Dieter Rossmann fasst es prägnant zusammen: „Ab 1998 war das Kieler Direktmandat für Hans-Peter eine feste Bank für die SPD.“

### Impulse und eigene Akzente setzen als Markenzeichen

Als Ideengeber für die Netzwerker in der SPD-Bundestagsfraktion und als Mitherausgeber der „Berliner Republik“ mit vielen eigenen Beiträgen und als Mitglied der SPD-Grundwertekommission hat Hans-Peter Bartels in der SPD viele eigene inhaltliche Akzente gesetzt. Ernst Dieter Rossmann stellt dazu fest: „Hans-Peter hat ohne Zweifel das Talent, kluge

Aufsätze schneller zu schreiben als viele andere sie lesen können.“

### Breite Zustimmung zur Wahl zum Wehrbeauftragten aus allen Fraktionen

Entsprechend konnte man Hans-Peter Bartels auch selten antreffen, ohne dass ein dickes Buch in seiner Nähe war. Aber die Freude am zugespitzten querdenkenden Debattenbeitrag in der Bundestagsfraktion war nicht das einzige Markenzeichen des neuen Wehrbeauftragten.

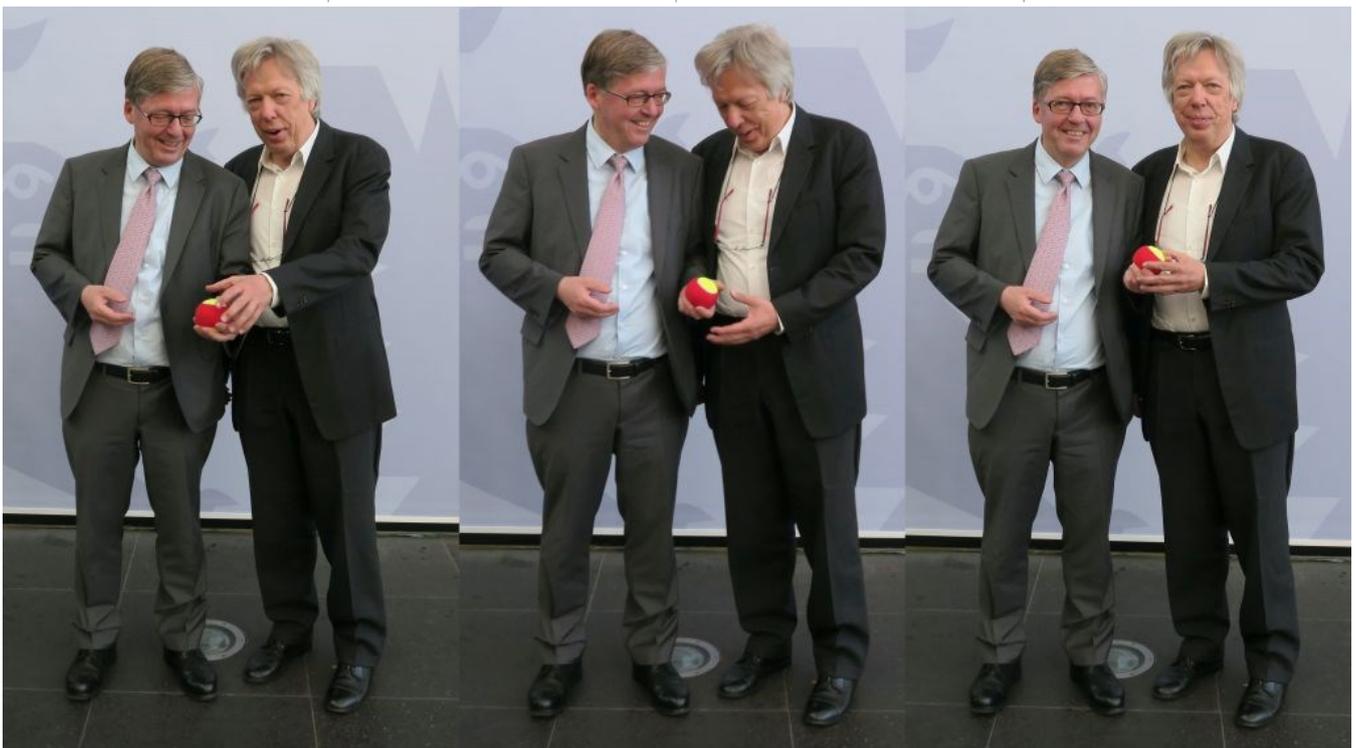
### Leidenschaftlicher Verteidigungspolitiker durch und durch

Hans-Peter Bartels hat sich als Bundestagsabgeordneter schnell eine umfassende Kenntnis über alle Gebiete der Verteidigungspolitik angeeignet und zuletzt mit großer Anerkennung als Vorsitzender des bedeutenden Verteidigungsausschusses gearbeitet. Anerken-

nd nickt Ernst Dieter Rossmann: „Die breite Zustimmung zu seiner Wahl als Wehrbeauftragter aus allen Fraktionen hat diesen Respekt vor seiner bisherigen Arbeit, aber auch das Vertrauen und die hohen Erwartungen an seine Amtszeit in beeindruckender Weise dokumentiert.“

### Erster Wehrbeauftragter aus Schleswig-Holstein

Die Landesgruppe hat Hans-Peter Bartels denn auch nicht ohne Stolz verabschiedet. In der letzten Landesgruppensitzung für Hans-Peter resümiert Ernst Dieter Rossmann: „Aus Schleswig-Holstein sind bisher zwar zwei Verteidigungsminister der CDU in der Geschichte der Bundesrepublik hervorgegangen, aber noch nie ein Wehrbeauftragter. Da hat die SPD-Schleswig-Holstein mit Hans-Peter Bartels jetzt ein besonderes Zeichen gesetzt. Wir wünschen Hans-Peter in seinem anspruchsvollen Amt viel Freude und Erfolg.“



Verabschiedung von Hans-Peter Bartels (links) durch Ernst Dieter Rossmann mit rotem Tennisball für das nächste (politische) As.



## Für unsere Ernährung und Landwirtschaft

Von Dr. Karin Thissen

Ein Thema, das ausnahmslos jeden einzelnen von uns betrifft, ist unsere Ernährung. Für ihre, und damit unsere Sicherheit, müssen wir uns einsetzen und engagieren. Dass dies erforderlich ist, zeigen vor allem regelmäßig offengelegte Lebensmittelskandale, aber auch meine Berufserfahrung als amtliche Tierärztin an Schlachthöfen.

### Als Veterinärmedizinerin im Thema

Seit dem 21. Mai 2015 verrete ich den Wahlkreis Steinburg-Dithmarschen Süd im Bundestag. Mit 22-jähriger Berufserfahrung in der Lebensmittelüberwachung möchte ich mich auf Bundesebene in Fragen der Ernährung und Landwirtschaft stark machen. Die sozialdemokratischen Grundsätze Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden mich dabei im Bundestag leiten, wie sie es bereits in der Ratsversammlung Itzehoe taten.

Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft werde ich als ständiges Mitglied gemeinsam mit den

Genossinnen und Genossen die Themen Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Landwirtschaft einbringen. Ich werde aber auch die Verknüpfungen zur Gesundheitspolitik und zum Verbraucherschutz im Blick haben. Zum Tierschutz habe ich eine klare Meinung: „Die gesetzliche Grundlage ist besser als behauptet. Man muss nur dafür sorgen, dass sie eingehalten wird.“ Ein Anfang wäre schon gemacht, die Umsetzung des Tierschutzes zu gewährleisten. Diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mit Tieren verdienen und sich gesetzestreu verhalten, müssen unsere Unterstützung erfahren. Dabei dürfen Tierschutzverstöße keine Wettbewerbsvorteile verschaffen.

### Keine Erfüllungsgehilfen der Betriebe

In meiner vorherigen Position als amtliche Tierärztin habe ich weitreichende Erfahrungen in der Schlachttier- und Fleischuntersuchung gesammelt. Im Prinzip landet jedes landwirtschaftliche Nutztier am Ende seines Lebens auf dem Schlachthof. Dadurch erhalten Schlachthöfe eine Art „Flaschenhalsfunktion“, wenn es um die Einhaltung und Überwachung von Tierschutzbestimmungen bei Haltung, Transport und Schlachtung geht. Leider machen sich nicht wenige meiner Berufskollegen zu Erfüllungsgehilfen der Betriebe, die sie eigentlich überwachen müssten.



Dr. Karin Thissen bei ihrer früheren Arbeit



Dr. Karin Thissen in ihrem Abgeordnetenbüro in Berlin

Nicht selten werden amtliche Tierärzte von dienstlichen Vorgesetzten kategorisch daran gehindert, ihre berufliche Tätigkeit gewissenhaft auszuüben und Verstöße zu ahnden. Daher sollten Berichte von amtlichen Tierärzten bei Gesetzesübertretungen an Schlachthöfen ernst genommen und kritisch überprüft werden, wie es zum Beispiel letztes Jahr in Bad Bramstedt geschehen ist.

### Ins Bewusstsein der Menschen

Wichtig ist mir auf Seiten der Verbraucher ein Bewusstsein zu festigen: Kochen und Essen sind wichtig für Gesundheit und Wohlbefinden. Wir leben im Zeitalter des Nahrungsmittelüberflusses und müssen lernen damit umzugehen, das heißt unsere Ernährungsgewohnheiten zu überdenken. Dieser Erkenntnis steht eine lebensmittelproduzierende Industrie gegenüber, die lediglich an ihre Gewinnmaximierung denkt. Mit irreführender Werbung wird der Markt mit günstigen, stets verfügbaren Massenwaren überschwemmt.

Es muss nicht täglich Fleisch sein, aber auch Vegetarier können sich

schlecht ernähren. Wir sollten ein Gefühl für gute, das heißt ausgewogene Ernährung bekommen. Und natürlich müssen Lebensmittel den Preis haben, den sie wert sind. Das geht alle an – gerade uns mit unserer Agrarstruktur in Schleswig-Holstein.

### Meine politische Haltung im Großen und Ganzen

Ich bin Sozialdemokratin geworden, weil mir die SPD eine politische Heimat gegeben hat. Wenn es um meine Heimat in und um Itzehoe geht, an der Westküste und in Schleswig-Holstein, stehe ich als SPD-Politikerin für den infrastrukturellen Ausbau, beispielsweise die A20 oder die fünfte Schleuse am Nord-Ostsee-Kanal.

Ebenso ist mir eine bessere medizinische Versorgung auf dem Land ein persönliches Anliegen. Außerhalb des Ausschusses Ernährung und Landwirtschaft werde ich mich auf Bundesebene auch in Fragen der Frauenpolitik stark machen. Als Berufstätige mit vier Kindern weiß ich, worum es geht und was zählt.



## Ressourcenförderung mit Nachhaltigkeitszielen vereinbaren

Von Dr. Nina Scheer

Am 1. April hat das Bundeskabinett den Entwurf für das sogenannte „Fracking-Paket“ beschlossen, das sich nun in den parlamentarischen Beratungen von Bundesrat und Bundestag befindet. Das Paket sieht Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Bundesberggesetz (BBergG), in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-V Bergbau) und der Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABBergV) vor.

Nach noch gültiger Rechtslage wäre jegliches Fracking-Vorhaben erlaubt. Die intensiven Diskussionen der letzten Jahre, auch vor dem Hintergrund des Fracking-Booms in den USA, bewirkten in Deutschland das Streben nach einem Fracking-Verbot. Mit dem Koalitionsvertrag und den aktuellen Gesetzesvorhaben wird dieser Zielvorgabe dahingehend entsprechen, Fracking in Schiefergestein (unkonventionelles Fracking), wie es bislang in Deutschland zur Erdöl- bzw. Erdgasförderung nicht eingesetzt wurde, zu verbieten und Umweltschutzvorgaben für andere Fördervorhaben, unter anderem Fracking in Sandgestein (konventionelles Fracking), wie es bereits seit Jahrzehnten insbesondere in Niedersachsen praktiziert wird, zu verschärfen.

Zur gesetzlichen Ausgestaltung dieser Zielvorgabe bedarf es an den vorliegenden Entwürfen verschiedener Änderungen. Auch der Bundesrat sieht gemäß seines Beschlusses vom 8. Mai Änderungsbedarfe, vgl. die Bundestagsdrucksachen 18/4949 und 18/4952 ([http://is.gd/BT\\_18\\_4949](http://is.gd/BT_18_4949) und [http://is.gd/BT\\_18\\_4952](http://is.gd/BT_18_4952)).

Die zentrale Forderung des Bundesrat-Umweltausschusses, Fracking über eine Änderung des

Bundesberggesetzes grundsätzlich zu verbieten, fand dabei keine Mehrheit im Plenum des Bundesrates.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung bei einigen Punkten aus dem Bundesratsbeschluss Offenheit und Prüfungsbedarf signalisiert, so bei der Ausweitung der Verbotszonen für Fracking, die durch den Bundesgesetzgeber festgelegt werden und der Gleichstellung von Erdgas und Erdöl betreffend „unkonventionelles Fracking“ (Verbotsvorgaben im WHG und BNatSchG).

Neben der Gleichstellung der Regelungen für „unkonventionelles Fracking“ bei Erdgas und Erdöl sieht die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein in folgenden Punkten Änderungsbedarf und hat dies frühzeitig sowohl gegenüber den zuständigen Fachpolitikern als auch dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann erläutert:

- \* Einführung einer Länderklausel für Fracking-Verbote;
- \* Sicherstellung wasserrechtlicher Bedenken im BBergG;
- \* Weiterentwicklung des Bundesberggesetzes und Anpassung an die Prioritäten Gesundheits- und Trinkwasserschutz sowie Interessen des Gemeinwohls;
- \* Streichung der Einführung einer Experten-Kommission;
- \* Überprüfung der Einführung der sogenannten 3.000 m-Grenze beim Verbot von „unkonventionellen Fracking“;
- \* Überprüfung der Vorgaben zum Umgang mit Lagerstättenwasser;
- \* Eingrenzende Definition von Probebohrungen.

(Zu den genannten Punkten siehe auch: [http://is.gd/Fracking\\_Scheer](http://is.gd/Fracking_Scheer))

### Nächste Schritte

Anfang Juni wird es jeweils Anhörungen zu den beiden Gesetzesentwürfen aus dem „Fracking-Paket“ im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss des Bundestages geben. Es folgen Verhandlungen

zwischen den Koalitionsfraktionen. Eine Einigung vorausgesetzt, wird der Bundestag das Gesetzesvorhaben noch vor der Sommerpause beschließen. Auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Stimmen aus der Unionsfraktion fordert derzeit deutliche Verschär-



Dr. Nina Scheer, Quelle: Joachim E. Roettgers

fun gen, die Schnittmengen zu den oben genannten Punkten aufweisen. Die CDU/CSU-Fraktion lässt bislang allerdings nicht erkennen, entsprechende Forderungen aufzugreifen. Es ist somit keineswegs „die Unionsfraktion“, die für Verschärfungen eintritt.

### Ausblick

Das aktuelle, die Aussagen des Koalitionsvertrages aufgreifende, Gesetzgebungsverfahren deckt mit dem Fokus des vorrangigen Gesundheits- und Trinkwasserschutzes entscheidende Änderungsbedarfe ab. Unberührt bleibt dabei aber eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Förderung endlicher, fossiler Ressourcen. Zu kurz kommen hierbei etwa Aspekte der Raumordnung sowie das Staatsziel Umweltschutz, Art. 20a GG, sowie eine Überarbeitung des Bergrechts, welches heute ein allgemeines Interesse an Ressourcenförderung

unterstellt. Die anhaltende politische Herausforderung liegt somit darin, den Verbrauch fossiler Ressourcen insgesamt mit den über die vergangenen Jahrzehnte gewachsenen Nachhaltigkeits- und Energiezielen in Einklang zu bringen und zu überwinden – auch Braunkohleabbau und -verstromung betreffend.

Für die laufenden Verhandlungen sollte bereits gelten: Schleswig-Holstein, das auf dem besten Weg ist, das Dreifache des eigenen Strombedarfs vollständig über Erneuerbare Energien zu decken, damit auch einen Anteil von 10 % des bundesweiten Strombedarfs abdecken möchte und zugleich parteiübergreifend Fracking ablehnt, muss es möglich sein, umfassende Fracking-Ausschlussgebiete zu benennen oder aber landesweit Fracking zu verbieten.



## Maritime Wirtschaft als Innovationsmotor für Schleswig-Holstein

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

### Neue Lotsin der SPD-Küstengang

Ende April wurde ich einstimmig zur neuen Lotsin der Küstengang, einem Zusammenschluss sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus den fünf norddeutschen Ländern, gewählt. Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Johann Saathoff werden wir unsere Fachkompetenzen aus den Bereichen Wirtschaft und Verkehr bündeln, den Fokus noch stärker als bisher auf die Maritime Wirtschaft mit dem Schwerpunkt alternative Technologien setzen und die Kommunikation zwischen Bund und Ländern verstärken.

### Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen – Maritime Konferenz

Die maritime Wirtschaft beschäftigt bundesweit mehr als 400.000

Menschen und generiert pro Jahr einen Umsatz von 54 Milliarden Euro. Auch für das schleswig-holsteinische Küstenland ist sie bedeutender Träger von Wertschöpfung und für Beschäftigung. Nicht nur die Häfen, sondern auch die Zulieferbetriebe, wie beispielsweise aus dem Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus, der Forschung und Entwicklung oder dem Dienstleistungssektor, sind wichtige Arbeitgeber der Region.



Dr. Birgit Malecha-Nissen bei einem Fachgespräch zu LNG

Fast alle Rohstoffe werden über den Seeweg geliefert und auch die zahlreichen Binnenhäfen in der

gesamten Bundesrepublik sind zentrale Export-Umschlagplätze.

Daher ist die maritime Industrie auch für Schleswig-Holstein von strategischer Bedeutung. Sie ist für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft unerlässlich, die es von politischer Seite zu stärken gilt. Daher ist es gut, dass jüngst ein wichtiges Infrastrukturprojekt um Brunsbüttel abgeschlossen wurde.

Mit der neuen Bahnanbindung, die in den Elbehäfen führt, ist ab sofort der direkte Umschlag der Ware vom Schiff auf den Zug möglich. Wie können wir die Potentiale der Küstenländer noch besser nutzen? Ich setze mich dafür ein, dass dieser Punkt auf der im Oktober stattfindenden „Nationalen Maritimen Konferenz“ in Bremerhaven im Fokus bleibt.

### Umweltschonende Technologien in der Seefahrt

Eine „High- und Green-Tech-Strategie“ für die maritime Wirtschaft in Deutschland ist, wie es die schleswig-holsteinische Landesregierung in ihrem Strategiepapier vorschlägt, mit Blick auf die Umwelt unerlässlich. Der Verkehrssektor trägt weltweit mit etwa 22 Prozent zu den klimaschädlichen Treibhausgasemissionen bei. Über 90 Prozent des gesamten interkontinentalen Warenaustauschs werden über den Seeweg abgewickelt. Das zeigt, wir brauchen dringend alternative emissionsarme Antriebe insbesondere auch für die Seeschifffahrt. Hier ist noch viel Luft nach oben.

Deshalb mache ich mich stark für den Einsatz von Flüssigerdgas (LNG) in der Schifffahrt als Antriebsstoff der Zukunft. Durch dessen Einsatz können Emissionen sowohl in den Häfen gesenkt als auch die verschärften EU-Abgasregelungen eingehalten werden.

## Seenotrettung ist gemeinsame europäische Verantwortung

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Die aktuelle Lage im Mittelmeer verdeutlicht einmal mehr den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Seenotrettung. Flüchtlinge in Seenot zu retten hat oberste Priorität. Hier muss die europäische Flüchtlingspolitik mehr auf Solidarität und Zusammenarbeit setzen. Die Hilfsaktionen müssen von allen 28 Mitgliedsstaaten getragen werden. Auch für die Handelsschiffe ist die Rettung von Menschen in Seenot oberstes Gut. Seit Jahresbeginn wurden beispielsweise bereits 5.000 Flüchtlinge von deutschen Handelsschiffen gerettet.

### Handelsschiffe und ihre Seeleute übernehmen

### öffentliche Aufgabe zur Seenotrettung

Wenn Handelsschiffe Flüchtlinge aufnehmen, weil sie näher am Geschehen sind, dann sollte auch garantiert sein, dass bereits auf hoher See eine Übernahme an qualifizierter Stelle erfolgen kann. Handelsschiffe werden gezielt von der italienischen Küstenwache für die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer eingesetzt, wenn ein Flüchtlingsboot in Seenot gerät. Handelsschiffe und Seeleute übernehmen damit öffentliche Aufgaben zur Seenotrettung. Die Seeleute sind für Rettungsaktionen in dieser Größenordnung allerdings nicht genügend ausgebildet und vorbereitet. Und sie stoßen bereits jetzt an ihre körperlichen und psy-

chischen Grenzen. Deswegen habe ich öffentlich auf die Lage der Seeleute aufmerksam gemacht und setze mich bestmöglich für sie ein.

Wir als SPD-Küstengang unterstützen daher die Forderung von ver.di, unter anderem die deutschen und internationalen Seemannsmissionen zu stärken. Sie gewährleisten, dass die Seeleute nicht zuletzt aufgrund der hohen psychischen Belastung bestens betreut werden. Ebenso fordern wir, dass die Seenotrettung wieder als eigenständige Operation betrieben und

mindestens auf das Niveau der „Mare Nostrum“ Mission gebracht, also auf den gesamten Mittelmeerraum, ausgeweitet wird. Derzeit sind zwei Schiffe der deutschen Marine im Mittelmeer im Einsatz – der Einsatzgruppenversorger Berlin und die Fregatte Hessen.



Der neue Vorstand der Küstengang, Dr. Birgit Malecha-Nissen und Johann Saathoff



## SPD ehrt „Weltfrau aus Bargteheide“

### Festakt und Kranzniederlegung zum 150. Geburtstag von Louise Zietz

Von Franz Thönnnes

**Am 25. März 1865 wurde Louise Zietz in Bargteheide im Hause des Wollwebers Körner geboren. Sie wurde 1908 als erste Frau in den Parteivorstand der SPD gewählt und setzte sich zuvor bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts für das Frauenwahlrecht und die Abschaffung der Kinderarbeit ein.**

Anlässlich ihres 150. Geburtstages gedachten der Frauenrechtlerin Stormarner und Bargteheider Sozialdemokraten mit einer Kranzniederlegung an ihrem Grab auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde („Sozialistenfriedhof“). In kurzen Ansprachen würdigten wir ihre wichtige Arbeit, gemeinsam mit Elke Ferner MdB, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Mitglied der SPD-Führung.

In Bargteheide selbst hatten wir eine SPD-Vorbereitungsgruppe gebildet, die seit einigen Monaten die Feierlichkeiten vor Ort plante. Am 29. März 2015 nahmen dann über 200 Gäste am Festakt der SPD Bargteheide für Louise Zietz im Kleinen Theater ihrer Heimatstadt teil. Den musikalischen Rahmen gestalteten die beiden Nor-

derstedter Künstler HaWe Kühl (Gesang) und Marejke Dusoswa (Flügel) mit Arbeiterliedern.

In seiner Begrüßung führte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Pierre Schladenhaufen in das Leben von Louise Zietz ein. Ihren späteren politischen Weg machte sie zunächst in Hamburg. Hier arbeitete sie erst als Dienstmädchen und in einer Tabakfabrik. Eine Ausbildung zur Kindergärtnerin schloss sich an und sie heiratete. Durch ihr intensives Engagement in der Hamburger Arbeiterschaft wurde sie eine wichtige Vertreterin der Frauenbewegung in der Sozialdemokratie und war Mitbegründerin des Internationalen Frauentages. Bargteheides Bürgermeister Dr. Henning Görtz ging in seiner Rede auf das damalige Umfeld von Louise Zietz während ihrer Kindheit in der Kleinstadt mit kaum 1500 Einwohner ein. Ab 1870 besuchte sie die Volksschule und arbeitete bereits als Neunjährige im Betrieb ihres Vaters mit. Auch wenn sie ihren Geburtsort bereits in jungen Jahren verließ, bleibe sie eine Tochter der Stadt, auf die man sehr stolz sein könne, so Görtz.

Der SPD-Landesvorsitzende und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Ralf Stegner beschrieb das politische Wirken von Louise Zietz in Hamburg und Schleswig-Holstein. Sie engagierte sich trotz Sozialistengesetz und Verbot politischer Betätigung für Frauen. Aktiv beteiligt war sie beim großen Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97. Ihre rhetorischen Fähigkeiten ver-

schafften ihr schon bald den Titel „weiblicher Bebel“. Gerade bei den Frauen warb sie für die Solidarität in der Auseinandersetzung mit den Herrschenden.



**Franz Thönnnes mit seiner Besuchergruppe am Grab von Louise Zietz in Berlin**

Als Moderator des Festaktes führte ich durch die Veranstaltung und interviewte in einer kurzweiligen Talkrunde zum Leben von Louise Zietz ihre beiden Nachfahren Susanne (Urgroßnichte) und Sebastian Schütt (Urugroßneffe) sowie die Politikwissenschaftlerin Marina Spillner aus Düsseldorf, die ihre Diplomarbeit über Zietz schrieb. Susanne Schütt berichtete über viele persönliche Gegenstände von Louise, die nun in ihrem Besitz sind, während Spillner die besonders klare Sprache von Zietz hervorhob. Sebastian Schütt erinnerte daran, dass Menschen wie seine Urgroßtante unter Lebensgefahr für das freie und allgemeine Wahlrecht sowie das Recht der Frauen wählen zu können, gekämpft haben und wie leichtfertig angesichts geringer Wahlbeteiligung heute manchmal damit umgegangen wird.

Aydan Özoğuz, Staatsministerin und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, hob das besondere politische Wirken von Frauen in Führungsgremien der Partei hervor. Zietz habe mit ihrer Art und Weise der Aufklärung und Werbung viele Frauen für die SPD

gewinnen können. Rückblickend könne man sie gar als wichtigste Sozialdemokratin ihrer Zeit bezeichnen. Die Politikerin verstarb am 27. Januar 1922 in Berlin.

Zuvor war sie ab 1919 für die USPD Mitglied in der Nationalversammlung und im Reichstag.

In ihrem Schlusswort dankte die SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier allen Beteiligten sowie der Vorbereitungsgruppe für den Festakt. Am frühen Nachmittag wurde die Ausstellung „Für eine bessere Welt – die ersten Frauen in der Sozialdemokratie“ im Bargteheider Stadthaus eröffnet. Sie war dort bis zum 1. Mai 2015 zu sehen. Der SPD-Parteivorstand würdigte die Frauenrechtlerin darüber hinaus mit der vom Historiker Tobias Kühne erstellten 70-seitigen Broschüre „WILLST DU ARM UND UNFREI BLEIBEN?“.

Mit Louise Zietz weiß die Stadt Bargteheide eine große Politikerin in ihrer Geschichte, deren Namen leider allzu oft außer Acht gelassen wurde. Durch die beiden gelungenen Veranstaltungen sowie die Festschrift sind sie und ihr politisches Handeln wieder zurecht sichtbar geworden. Bei Interesse kann die Broschüre beim SPD-Kreisverband Stormarn bestellt werden.



**(v.l.n.r.) Franz Thönnnes im Gespräch mit Marina Spillner, Susanne Schütt und Sebastian Schütt, Foto: Dietrich Drescher**



## Die SPD hat sich durchgesetzt: Der wissenschaftliche Nachwuchs profitiert davon!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Das waren schon wirklich gute Beschlüsse, die von den Fraktionspitzen von CDU/CSU und SPD am 16.4. in Göttingen, der Heimatstadt des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, gefasst worden sind.

### Neuer Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Die Exzellenzinitiative für die Hochschulen soll mit vier Milliarden Euro nach 2017 für weitere zehn Jahre fortgesetzt werden. Gleichzeitig soll auch die Forschung an den Fachhochschulen ausgebaut werden. Und das Wichtigste: Es gibt einen gesonderten neuen Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den erstmals mindestens eine Milliarde Euro in den nächsten zehn Jahren zusätzlich eingesetzt werden soll.

Ernst Dieter Rossmann, Bundestagsabgeordneter des Kreises

Pinneberg und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion: „Dafür haben wir lange gekämpft, schon in Oppositionszeiten, und jetzt ist dieser Pakt endlich da. Der lange Atem lohnt in der Politik. Wir haben den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht enttäuscht, sondern jetzt für die Zukunft wirklich etwas erreicht.“



Dr. Ernst Dieter Rossmann

### Breite Zustimmung von Gewerkschaften, Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen

Für das milliarden schwere Programm, das ab 2017 starten soll, hat die SPD-Bundestagsfraktion auch schon konkrete Vorstellungen. So will sie 1500 zusätzliche Stellen für Junior-Professoren mit Tenure-Track, also der Aussicht auf eine feste Einstellung, finanzieren und 80 Hochschulen mit besonders guten Personalentwicklungskonzepten mit jeweils fünf Millionen Euro besonders fördern.

Ernst Dieter Rossmann: „Moderne Personalentwicklung an den Hochschulen muss neue Karrierewege öffnen, den Mittelbau stärken und die Arbeitsverhältnisse verlässlicher und wirkungsvoller machen. Wir haben für dieses Konzept schon viel Zustimmung von Gewerkschaften, Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen bekommen. Jetzt sind wir gespannt,

wie sich unser Koalitionspartner zu unseren Ideen positioniert.“

### Gemeinsame Umsetzung durch Bund und Länder

Auch mit den Ländern wird es zu diesem Programm noch intensive Verhandlungen geben, denn die Länder und die Hochschulen sollen die Ideen und Förderangebote nicht nur umsetzen, sondern auch für die Nachhaltigkeit der neuen Impulse sorgen. Dazu Ernst Dieter Rossmann: „Für diese Beratungen mit den Ländern ist jetzt ausreichend Zeit und die Umsetzung in zwei Jahren kann dann rechtzeitig vorbereitet werden.“

Auch für Schleswig-Holstein erwartet der Wissenschaftspolitiker einen „ordentlichen Schub“. Rossmann: „Wir haben sehr engagierte und leistungsfähige Hochschulen in unserem Land, die aus dieser Nachwuchs-Initiative ganz sicher etwas machen werden.“

## Bundestag beschließt Initiative für Kulturtourismus

Von Gabriele Hiller-Ohm

**Im Mai hat der Bundestag den Antrag „Kulturtourismus in den Regionen weiterentwickeln“ von SPD und CDU/CSU beschlossen. Mit dieser Initiative sollen Kultur und Tourismus vor allem in ländlichen Räumen enger vernetzt und vorbildhafte kultur-touristische Projekte gefördert werden. Davon kann auch Schleswig-Holstein profitieren.**

Deutschland ist dank seiner beeindruckenden Kulturlandschaft Kulturreiseziel Nummer eins in Europa. Kulturtourismus boomt aber vor allem in den Städten – wie Lübeck. Mit der jetzt beschlossenen Initiative wollen wir Kulturtou-

rismus auch in ländlichen Regionen stärken.

### Weitere Stärkung ländlicher Regionen in Schleswig-Holstein möglich

Das Potential dafür ist auch im Reiseland Schleswig-Holstein groß. Regionale Kulturangebote bieten vielerorts wertvolle Alleinstellungsmerkmale, um mehr Gäste anzuziehen. Leider verhindern kleinteilige kommunale Strukturen aber oftmals, Kirchturmdenken zu überwinden und die Region gemeinsam gewinnbringend touristisch zu vermarkten.

### Gegen Kirchturmdenken aktiv arbeiten

Das wollen wir ändern. Die Bundesregierung soll unter Einbeziehung von Ländern, Kommunen, Verbänden und Initiativen die Entwicklung von Vermarktungskonzepten für Kulturtourismus fördern und eine Plattform zur besseren Vernetzung von Kultureinrichtungen, Tourismusanbietern und Marketingorganisationen schaffen.

### Bundeswettbewerb geplant

Mit einem Bundeswettbewerb sollen kultur-touristische Projekte vor allem im ländlichen Raum initiiert werden. Insbesondere überregionale kultur-touristische Projekte – auch Stadt-Land-Kooperationen, wofür das Schleswig-Holstein Musik Festival ein

erfolgreiches Beispiel ist – wollen wir modellhaft fördern, wenn sie besonders innovativ sind und einen barrierefreien Ansatz verfolgen.



Gabriele Hiller-Ohm



## Unterstützung für den Start ins Berufsleben durch Bundesprogramm zur Berufseinstiegsbegleitung und Jugendberufsagenturen

Von Gabriele Hiller-Ohm

*Im Frühjahr ist das neue vom Bund und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm zur Berufseinstiegsbegleitung gestartet. Auch Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein bekommen dadurch Hilfe für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Zudem verbessern Jugendberufsagenturen nach dem erfolgreichen Hamburger Vorbild, deren Einführung in Schleswig-Holstein gefördert wird, die Berufschancen junger Menschen.*

In Schleswig-Holstein verlassen trotz Erfolgen in den vergangenen Jahren immer noch etwa sieben Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss. Viele von ihnen bleiben in der Folge auch ohne Ausbildungsplatz.

### Alle Jugendlichen mitnehmen

Ziel der SPD ist es, keinen Jugendlichen auf dem Weg zu einem Schulabschluss und einer Berufsausbildung zurückzulassen. Deshalb werden mit dem neuen von SPD-Bundesministerin Andrea Nahles aufgelegten ESF-Bundesprogramm 73 Schulen in Schleswig-Holstein gefördert.

### Individuelle Unterstützung durch Berufseinstiegsbegleitung

Die Schülerinnen und Schüler erhalten mit der Berufseinstiegsbegleitung eine individuelle Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter helfen Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Erreichen des

Schulabschlusses, unterstützen bei der Berufswahl und helfen bei der Aufnahme einer Berufsausbildung.

### Aufbau von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein

Gleichzeitig fördert die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) den Aufbau von Jugendberufsagenturen, die jungen Menschen wichtige Angebote für den Berufseinstieg zentral an einem Ort bieten.

Der Clou dabei ist, dass alle zuständigen Ansprechpartner zusammengeführt werden und so ein schneller direkter Austausch ermöglicht wird. Wichtig ist, dass sich Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Schule und Jugendamt eng vernetzen und bei Problemen gemeinsam mit den Jugendlichen

individuelle Lösungen finden. In Hamburg wurden die Ausbildungszahlen durch Jugendberufsagenturen in kurzer Zeit deutlich erhöht.

### Bildung als Schutz gegen Arbeitslosigkeit und für Chancengleichheit

Alle Zahlen belegen zudem klar, dass Bildung und Berufsabschlüsse der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit sind und für höhere Einkommen sorgen. Durch Berufseinstiegsbegleitung und Jugendberufsagenturen verbessert sich nicht nur die Chance auf einen Ausbildungsplatz.

Durch die Betreuung wird auch die Abbruchquote verringert. Gerade vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs ist das nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Ausbildungsbetriebe ein Gewinn.

### Veränderte Betreuung der Wahlkreise

Das Ausscheiden von Dr. Hans-Peter Bartels und den Einzug von Dr. Karin Thissen in den Bundestag bringt einige Veränderungen bei der Betreuung der Wahlkreise mit sich.

Der Bundestagswahlkreis 3 (Steinburg-Dithmarschen Süd) wird ab sofort von Dr. Karin Thissen betreut.

Der Bundestagswahlkreis 5 (Kiel), bislang durch Dr. Hans-Peter Bartels vertreten, wird ab sofort für die Stadt Kiel von Dr. Birgit Malecha-Nissen betreut, die Gemeinden Altenholz und Kronshagen im Kreis Rendsburg-Eckernförde betreut in Zukunft Sönke Rix. (sl)

### Terminankündigungen:

Am Samstag, den **27. Juni 2015**, veranstaltet die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete **Dr. Nina Scheer** ab 11 Uhr ein **politisches Frühstück** zum Thema **Vorratsdatenspeicherung** im Lebenshilfwerk Mölln-Hagenow, Grambeker Weg 111, in 23879 Mölln.

Weitere Details können über das Berliner Büro von Dr. Nina Scheer bezogen werden: Telefon: 030/227-73537 oder per E-Mail unter [nina.scheer@bundestag.de](mailto:nina.scheer@bundestag.de).

Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete **Bettina Hagedorn** veranstaltet am Donnerstag, den **9. Juli 2015**, von 18-22 Uhr den **3. Ladies' Day** im Bugenhagen Berufsbildungswerk,

Strandallee 2a, 23669 Timmendorfer Strand.

Weitere Informationen gibt es über das Berliner Büro von Bettina Hagedorn, Telefon: 030/227-73832 oder per E-Mail unter [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de).

Zu einer Veranstaltung mit dem Titel **„Chancen ergreifen – Zukunft gestalten: Jugend und Politik“** lädt die SPD-Bundestagsabgeordnete **Dr. Nina Scheer** am Donnerstag, den **16. Juli 2015**, in die Begegnungsstätte Alte Schule, Teichstraße 1, in 21465 Wentorf bei Hamburg ein.

Infos gibt es im Berliner Büro von Dr. Nina Scheer: Telefon:

030/227-73537 oder per E-Mail unter [nina.scheer@bundestag.de](mailto:nina.scheer@bundestag.de).

Zu einer **Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung** laden die SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Nina Scheer** und **Anette Kramme** am Donnerstag, den **23. Juli 2015**, ab 19 Uhr in das Krügersche Haus, Bergedorfer Str. 28, 21502 Geesthacht, ein.

Die Veranstaltung steht unter dem Titel **„Gute Arbeit. Für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbst bestimmtes Leben“**.

Die Anmeldung erfolgt über das Berliner Büro von Dr. Nina Scheer, Telefon: 030/227-73537 oder per E-Mail unter [nina.scheer@bundestag.de](mailto:nina.scheer@bundestag.de).



## Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

### Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



**Oberbürgermeister-Wahlkampf in Neumünster für Elke Christina Roeder.** (v.l.n.r.) Kirsten Bruhn, Sportlerin aus Schleswig-Holstein und Goldmedaillengewinnerin bei den Paralympics mit Dr. Birgit Malecha-Nissen



**Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Chancen ergreifen - Zukunft gestalten“ lud Nina Scheer zum Thema Wohnen im Wandel nach Glinde ein. Gemeinsam mit Stefan Studt, Innenminister Schleswig-Holstein, und Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, diskutierte Nina Scheer unter der Moderation von Martin Habersaat, MdL, über die vielfältigen Herausforderungen.** (v.l.n.r.) Frank Lauterbach, Martin Habersaat, Nina Scheer, Florian Pronold, Stefan Studt

**Im Mai lud die Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Fraktion zu einem Fachgespräch zum Thema Chancen und Risiken von Hotelbuchungen im Internet ein. Die tourismuspolitische Sprecherin Gabriele Hiller-**



**Ohm (re.) begrüßte dazu im Bundestag führende Buchungs- und Bewertungs-portale, den Hotelverband Deutschland und die Verbraucherzentrale Bundesverband.**



**Bettina Hagedorn und Lars Winter diskutierten mit dem Bürgermeister der Kommune Lolland, Holger Schou Rasmussen, und dem Folketing-Abgeordneten Lennart Damsbo-Andersen über die Sorge der Menschen in Ostholstein, dass nach Fertigstellung des Beltunnels jahrelang Güterzüge über die Sundbrücke und Bestands-trasse rollen könnten**

**Zu einem Politischen Frühstück zum**



**Freihandel lud Dr. Nina Scheer im Mai in ihr Geesthachter Büro ein. Gemeinsam mit ca. 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Gästen Olaf Schulze, MdL, sowie Hans Kemeny, BVMW, wurde intensiv über Fragen zu den aktuell zwischen der Europäischen Union und Kanada bzw. den USA verhandelten Freihandelsabkommen (CETA und TTIP) diskutiert. Im Mittelpunkt standen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Investitionsschutz, die Auswirkungen der Abkommen auf den Mittelstand sowie politische Gestaltungsprozesse.**



**Ministerpräsident Torsten Albig (mittig) mit Dr. Birgit Malecha-Nissen im Oberbürgermeister-Wahlkampf in Neumünster**



## Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

### Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



**Verabschiedung von Dr. Hans-Peter Bartels im Rahmen der Landesgruppensitzung mit den Landesministern Kristin Alheit (3.v.r.) und Stefan Studt (6.v.r.)**



**Gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann pflanzte Bettina Hagedorn in Vertretung für Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen Apfelbaum im Kindergarten „Wirbelwind“ in Bad Schwartau**



**Der Tourismusausschuss des Bundestages hat 2015 zum ersten Mal einen Preis für bundesweit herausragende Projekte im Bereich des barrierefreien Tourismus vergeben. Erste Preisträgerin, vorgeschlagen von Gabriele Hiller-Ohm als tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion (3.v.l.), ist die Arbeitsgemeinschaft Barrierefreie Reiseziele in Deutschland. Die Geschäftsführerin Dr. Carmen Hildebrandt (2.v.l.) nahm den Preis unter Anwesenheit der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Verena Bentele (2.v.r.), der Ausschussvorsitzenden Heike Brehmer (3.v.r.) und den weiteren Obleuten des Ausschusses entgegen.**



**Austausch der Landesgruppe mit Vertretern des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V. (v.l.n.r.) Ernst Dieter Rossmann, Franz Thönnnes, Birgit Malecha-Nissen, Bernd Eichner (Präsident Handwerkskammer Flensburg), Bettina Hagedorn, Andreas Katschke (Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Lübeck), Nina Scheer, Tim Brockmann (Geschäftsführer Handwerk Schleswig-Holstein e.V.), Ulrich Mietschke (Präsident Handwerk Schleswig-Holstein e.V.), Matthias Ilgen, Günther Stapelfeldt (Präsident Handwerkskammer Lübeck)**



**Gespräch der Landesgruppe mit Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer zur Maritimen Wirtschaft**

## Impressum

### Herausgeber:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

### Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M.A. (V.i.S.d.P.) (sl)  
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion  
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318  
Fax: 030/227-76817  
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de  
Im Internet: <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/>

### Korrektur:

Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

### Quellenangaben der Abbildungen:

Bettina Hagedorn (S. 11 mitte rechts, 12 mitte)  
Dr. Birgit Malecha-Nissen (S. 7 beide, 11 oben links, 11 unten rechts)  
Dietrich Drescher (S. 8 unten)  
Franz Thönnnes (S. 8 oben)  
Gabriele Hiller-Ohm (S. 9 unten, 11 mitte links), 12 unten links)  
Joachim E. Roettgers (S. 6)  
Dr. Karin Thissen (S. 5 beide)  
Landesgruppenbüro (S. 4 alle, 12 oben links, 12 oben rechts, 12 unten rechts)  
Matthias Ilgen (S. 3)  
Dr. Nina Scheer (S. 11 oben rechts, 11 unten links)  
SPD Schleswig-Holstein (S. 2)  
studio kohlmeier (S. 1)  
Susie Knoll / Florian Jänicke (S. 9 Portrait Rossmann)